

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 44

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 29. Oktober 1926.

Anzeigenpreis für die vieresp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlagsbüro befinden sich in Köln, Denloerwall 9. Telefonruf West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

27. Jahrg.

Die industrielle Konzentration.

Die große Entscheidung darüber, in welcher Richtung das Wirtschaftsleben sich grundsätzlich bewegen würde, fiel in der Inflationszeit, und sie fiel zugunsten des Großkapitalismus. Nicht daß damals Konzerne von Riesenausmaßen, an ihrer Spitze Stinnes, entstanden, war dabei das Wichtige. Die Inflationskonzerne stellten zum großen Teil eine in blinder Raffgier vorgenommene Anhäufung verschiedenartigster Sachwerte in einer Hand dar. So etwas konnte nur in der Inflationsluft gedeihen und mußte unter normalen Verhältnissen zusammenbrechen und auseinanderfallen. Also nicht solche Konzernbildung war für die künftige Gestaltung des Wirtschaftslebens von übertragender Wichtigkeit, sondern der Umstand, daß durch die Inflation die Volksmassen zugunsten des Staates und „geschäftstüchtiger“ Volksgenossen ausgeplündert wurden, so daß der Dawes-Bericht die Lage zu Beginn des Jahres 1924 mit den Worten kennzeichnete: „Der gegenwärtige Reichtum Deutschlands ist mit beispielloser Ungleichheit verteilt.“

Es bestand damals die Meinung, daß die Industrie reichlich gut durch die Inflationszeit gekommen sei. Erhob sich dann und wann ein Murren, wenn das Volk die teilweise ganz neuen Industrieanlagen sah, während es selber seine letzten Spargroschen verloren hatte, so kam die Belehrung, daß eben mit dem erhalten gebliebenen industriellen Apparat die Garantie für den Wiederaufstieg gegeben sei, und wahrlich, man sollte auch noch Gott danken, daß Großindustrie und Hochfinanz nicht rechtzeitig dazu getan hatten, die Geldentwertung aufzuhalten.

Was aber der Industrie nach der Stabilisierung der Mark fehlte, war das ausreichende Betriebskapital, die „bewegende Kraft und das Schmieröl“, wie sich die Dawes-Sachverständigen ausdrückten. Die Reichsbank gab Ankurbelungskredite, mußte aber angesichts des ungeheuren Andrangs der Kreditunglückigen im April 1924 zu einer strengen Krediteinschränkung übergehen, um nicht die Sicherheit der Währung zu gefährden. Und nun begann es in der Industrie zu kriseln, bald in dieser, bald in jener Branche, bis im Herbst des vergangenen Jahres die große Krise ausbrach.

Mit dem Ausbruch der großen Wirtschaftskrise begann eine neue Konzentrationsbewegung, die im Laufe dieses Jahres Ausmaße angenommen hat, wie sie keine Zeit bisher kannte. Außer Schiffahrt und Textilien gibt es kaum ein Gebiet, das der Konzentrationsbewegung fernsteht. Wohl heißt es in der Reichsverfassung, daß der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ueberlastung und Aufsaugung zu schützen ist. Es steht, wenigstens für das Gewerbe, auf dem Papier. Kleine und mittlere Unternehmungen werden von den großen aufgefressen; Wirtschaftskrisen werden, um den Zweck zu erreichen, künstlich verschärft.

Industrieller Hochkapitalismus, wie wir ihn nie gesehen haben, ist der Charakter der Gegenwart. Gegen Riesengebilde wie den Farbenkonzern (RM. 900 Millionen Stammaktien, Börsenwert des Kapitals über 3 Milliarden Mk.) und den Stahltrust (RM. 800 Millionen Stammaktien, Börsenwert ca. 1,3 Milliarden Mk.) kommen einem die größten deutschen Konzerne der Vorkriegszeit recht bescheiden vor. Diese neuen Konzerne beherrschen den inneren Markt unbedingt und mit der Konkurrenz auf dem Weltmarkt suchen sie zu Abkommen über die gegenseitigen Produktionsverhältnisse und vor allem über den Preis zu gelangen. Am meisten besprochen in der Öffentlichkeit wurde der erst vor kurzem perfekt gemordete Internationale Stahlpakt, und sicherlich hat man ihn mit zu thnenden Worten gepriesen.

Der Zusammenschluß auf allen Gebieten erfolgt unter dem Schlagwort Rationalisierung der Produktion, Vereinfachung und Verbilligung, Verminderung der Herstellungskosten und dadurch Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit. Das internationale Zusammengehen soll der Anarchie auf dem Weltmarkt, dem gegenseitigen Preisunterbieten, ein Ende machen, und dadurch die industrielle Rentabilität verbessern. Zu diesem Zweck setzen sich deutsche Wirtschaftsführer mit denen anderer Länder auf dem Kontinent und nun auch mit englischen zusammen.

Daß die industrielle Konzentration unter allen Umständen die Produktion verbilligt, darf man wohl bezweifeln. Wie es im übrigen damit bestellt sein mag, praktisch macht man stets die Erfahrung, daß die Preise in dem Augenblick, wo ein Konzern eine Monopolstellung erreicht hat, steigen. Ein unbefangener Beobachter würde viel eher den Eindruck gewinnen, daß die Konzentration erfolge, um die Preise hochzuhalten als um sie herabzusetzen.

Natürlich wird der selbständige Klein-, Mittel- und Großbetrieb nie ganz verschwinden. Aber für den Gang des Wirtschaftslebens werden, wenn nicht alles täuscht, binnen kurzem ein halbes Dutzend Riesenkonzerne die Richtung bestimmen. Daß sie dabei eine Richtung einschlagen, die nicht in jeder Hinsicht die Konzerninteressen wahrt, ist sicherlich nicht zu erwarten.

Hier ist der Punkt, wo für jeden Volksgenossen und ganz besonders für die Arbeiterschaft die neue industrielle Konzentration von größter Wichtigkeit ist, auch für den Teil der Arbeiterschaft, der in einem Industriezweig tätig ist, wo die Konzentrationsbewegung noch verhältnismäßig gering ist. Die Folgen der Politik der großen Trusts werden alle zu spüren bekommen. Heute bereits ist die Großindustrie so stark, so sehr in der Uebermacht, daß sie aus klugen praktischen Erwägungen heraus die im übrigen in der Reichsverfassung festgelegten grundsätzlichen Rechte der Arbeiterschaft anzuerkennen bereit ist (Dr. Silberberg). Da heißt es besonders aufpassen, denn hinter diesem Friedenswillen steckt kaum viel Gutes.

Der einzelne ist machtlos gegenüber dem Gang der Entwicklung. Er bedeutet in unserer Zeit, gleichgültig wo er sonst stehe, nur etwas als Teil einer Masse, als Mitglied einer Organisation. Es ist wie in der allgemeinen Reichspolitik. Sie wird nicht irgendwo in Buxtehude, sondern in Berlin gemacht. Welche Politik aber gemacht wird, hängt von den Wählern, auch von dem Mann in Buxtehude, ab. Darauf soll man sich besinnen. Zu einer Zeit, wo die Industrie, um ihre Stoßkraft zu vermehren, in Riesenkonzernen sich zusammenschließt, sollte es wahrhaftig keine Gewerkschaftsmüdigkeit unter der Arbeiterschaft geben, sondern auch diese sollte darauf bedacht sein, ihre tatsächliche Macht zu steigern. Das ist die Lehre, die sich aus der neuen industriellen Konzentrationsbewegung für die Arbeiterschaft zunächst ergibt. Wird sie unbeachtet gelassen, wird die Flinte ins Korn geworfen, so sollte sich niemand wundern, wenn die Trusts (und die übrigen Unternehmer werden hier den Trusts gerne Gefolgschaft leisten) der Arbeiterschaft einen Frieden von Versailles diktieren. Denn es kommt im wirklichen Leben auf die tatsächlichen Machtverhältnisse an, und die Arbeiterschaft bedeutet nur eine Macht durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Zentralisation der Genossenschafts-Gütervermittlung.

In der Genossenschaftsbewegung aller Länder hat die Frage des gemeinsamen Einkaufs seit jeher eine große Rolle gespielt. Wenn sich einerseits die Verbraucher zusammenschlossen, um Vorteile in der Beschaffung der Bedarfsgüter zu erzielen, dann war es ganz folgerichtig, daß auch die Genossenschaften wieder eine Spitze bildeten, in der durch Zusammenlegung der Einkaufsmenge günstige Preise und Bedingungen erreicht werden konnten.

Wenn in diesem Aufsatz von dem konsumgenossenschaftlichen Großeinkauf innerhalb des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. Köln die Rede sein soll, dann dürfte es zu Vergleichszwecken immerhin nützlich sein, zunächst den Blick nach dem Umland der Konsumgenossenschaftsbewegung, nach England, zu richten. Die redlichen Pioniere von Rochdale, die über 80 Jahre die Grundlage für die neue genossenschaftliche Wirtschaftsform gaben, haben vielleicht trotz ihres großen Idealismus nicht gehnt, was aus ihren damals doch immerhin bescheidenen idealen Gedanken geworden ist. Die englische Großeinkaufs-Gesellschaft C. W. J. hatte im Jahre 1925 einen Umsatz von 1 440 000 000 Reichsmark. Zu ihrem Wirkungskreis gehören 109 Fabriken, 23 Landgüter, 11 Molkereien, 1 Schlachthaus. Sie besitzt in den Tropenländern: 17 Teeplantagen und außerdem in Kanada ein Areal von 10 000 Hektar für Weizenanbau. Die englischen Konsumgenossenschaften beschäftigten in ihren gesamten Betrieben 200 000 Personen. Das sind ganz gewaltige Zahlen, die beweisen, was auf dem Gebiet der genossenschaftlichen Selbsthilfe in zielbewusster Arbeit alles zu erreichen ist.

In Deutschland geht die Zentralisation des konsumgenossenschaftlichen Großeinkaufs bis in die 90er Jahre zurück. Damals wurde aus den Genossenschaften des Hamburger Zentralverbandes die Großeinkaufs-Gesellschaft gegründet. Als sich im Westen die christlichen Gewerkschafts-Konsumvereine bildeten, trat ganz naturgemäß auch hier der Gedanke einer Warenzentrale in den Vordergrund. Im Jahre 1901 gründete man die Zentral-Einkaufs-Genossenschaft der christlichen Gewerkschafts-Konsumvereine mit dem Sitz in M.-Gladbach. Diese Zentrale hatte nur kurzen Bestand und ging nach 3 Jahren schon wieder ein. Als nun eine Konkurrenz

westdeutscher Konsumvereine im Jahre 1905 in Neuß die Gründung eines Revisionsverbandes beschloß, trat auch hier wieder die Zentralisation des Wareneinkaufs in den Vordergrund. Die westdeutschen, damals in Neuß zusammengetretenen Konsumvereine, schlossen sich dem Verbande rheinpreussischer landwirtschaftlicher Genossenschaften in Bonn an, der für die Bildung der Genossenschafts-Gruppe seiner Bezugs-Kommission eine Lebensmittel-Abteilung angliederte. Diese hatte im Jahre 1906 einen Umsatz von Mk. 186 561.—, der sich bis 1911 auf Mk. 2 642 113.— erhöhte. Im Jahre 1908 erfolgte die Gründung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine, aus dem im Jahre 1912 der Reichsverband deutscher Konsumvereine entstand. In dem gleichen Jahre faßten die Genossenschaften des Reichsverbandes in Düsseldorf den Beschluß, eine eigene Zentrale zu gründen. Diesem Verlangen wurde stattgegeben. Die Lebensmittel-Abteilung der Bonner Bezugs-Kommission wurde als Grundlage für die neue Zentrale der Konsumvereine des Reichsverbandes benutzt. 1913 hatte die Großeinkaufs-Zentrale deutscher Konsumvereine G. m. b. H., wie sich das neue Institut nannte, einen Umsatz von 9 1/2 Millionen Mark. 1914 war dieser Umsatz auf 11 1/2 Millionen Mk. gestiegen. Auch das neue Unternehmen erlitt, wie alle Wirtschaftsformen überhaupt, durch den Krieg nicht unbedeutende Rückschläge. Man kann sagen, daß die große Entwicklung erst im Jahre 1920 einsetzte, und zu den Erfolgen führte, die nunmehr im einzelnen besprochen werden sollen.

Der Umsatz betrug nach der Stabilisierung im Jahre 1924 = 24 Millionen, im Jahre 1925 = 31 Millionen und im Jahre 1926, 1. Januar bis 30. September = 30 1/2 Millionen. Die Zentrale hat sich im Jahre 1923 in eine Aktien-Gesellschaft unter der Firma „Gepag“ Großeinkaufs- und Produktions-Aktien-Gesellschaft deutscher Konsumvereine umgewandelt. Sie wollte dadurch die Möglichkeit einer größeren Basis für ihr Unternehmen finden. Die Gepag versorgt die ihr folgenden Genossenschaften mit Lebensmitteln und Bedarfsgütern aller Art, soweit sie in den Konsumvereinen geführt werden. Sie bringt ihre Angebote den Genossenschaften genau in derselben Form nahe, wie das in einem privaten Geschäft auch geschieht. Preislisten in regelmäßigen Abständen orientieren die Genossenschaften über den Warenmarkt. Zweigniederlassungen und Läger in Berlin, Leipzig, Nürnberg und Hamm vermitteln den Verkehr mit den verschiedenen Bezirken. Die Zentrale in Köln wiederum faßt die Wünsche aller deutschen Genossenschaften des Reichsverbandes zusammen, und versorgt von Köln aus, aus ihren dort befindlichen Eigenproduktionsstätten, der Kaffee-Großrösterei und der Druckerei, die einzelnen Vereine im Lande. In ganz regelmäßigen Abständen finden sowohl in Köln als auch im übrigen Deutschland Einkaufskonferenzen statt, die in börsenähnlicher Form die Angebote der Gepag den Genossenschaften bekanntgeben und Aufträge entgegennehmen. Der ganze Warenkomplex, soweit er von der Gepag bearbeitet wird, ist in 8 große Warenabteilungen eingeteilt. Jeder Warenabteilung steht ein Fachmann vor, der die Artikel seiner Abteilung genauestens beobachtet, den in- und ausländischen Markt und alle mit den Waren zusammenhängenden Dinge sorgfältig verfolgt und auf Grund dessen seine objektiven Berichte den Genossenschaften zugänglich machen kann. Gerade durch die in der Gepag tätigen Fachleute ist die Bedeutung dieses Unternehmens und somit auch der ganzen Genossenschaftsbewegung des Reichsverbandes im In- und Ausland ganz außerordentlich gewachsen. Die Gepag muß, wenn sie die entsprechenden Vorteile für ihre Genossenschaften herausholen will, nach außen mit einwandfreier sach- und fachgemäßer kaufmännischer Art operieren. Die auf diese Art erreichten Erfolge werden dann den Genossenschaften in der Form zur Verfügung gestellt, daß man hier wohl nach kaufmännischen Grundätzen verfährt, aber die genossenschaftliche Anschauung nicht außer acht läßt.

Die Gepag bzw. ihre Vorgängerin, die Großeinkaufszentrale, hat, von Bonn kommend, zunächst ihren Sitz in Köln-Mülheim aufgeschlagen. Von da zog sie im Jahre 1920 nach Düsseldorf-Reisholz. In Düsseldorf-Reisholz konnte sie in besonderem Maße unter den damals fürchtbaren Verhältnissen der Ruhrbesetzung riesengroße Vorteile den Genossenschaften bewilligen. Die Waren kamen einwandfrei über Köln in das besetzte Gebiet herein und gelangten auch, da die Eisenbahn bis Düsseldorf-Reisholz intakt war, bis zur Gepag. Von hier konnten die Genossenschaften, insbesondere des Industrie-Bezirks, die Waren mit Lastautos abholen. Somit hat die Gepag in den damals recht schwierigen Verhältnissen der Ruhrbesetzung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung des besetzten Gebietes außerordentliches leisten können.

Von den Produktions-Stätten, der Kaffee-Großrolerei und der Druckerei in Köln, ist schon die Rede gewesen. Außerdem gehören zur Gepag eine in allermoderner Art aufgebaute Fleischwarenfabrik in Verl, eine Seifenfabrik und eine Zigarrenfabrik, letztere in Kaldenkirchen. Diese Produktions-Stätten haben unter dem Gesichtspunkte, daß die Eigenproduktion das erstrebenswerte Endziel aller Konsumgenossenschaftlichen Bedeutung sein muß, bis jetzt gute Erfolge erzielt. Es werden auf dem Gebiete der Eigenproduktion seitens der Gepag und der angeschlossenen Genossenschaften noch recht viele Aufgaben zu erfüllen sein. Das, was bis jetzt erreicht ist, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen und gibt die Gewähr, daß auch auf diesem notwendigen Gebiete die Genossenschaftsbewegung vorwärts kommen wird.

Die Genossenschaftsbewegung steht seit jeher in einem schweren Kampfe gegen Kartelle, Trusts, Syndikate und die damit verbundenen Markenartikel. Sie bekämpft die Markenartikel, die unter Anwendung einer riesenhaften suggestiven Reklame jeden Verkaufspreis möglich machen und somit irgend einen Einfluß auf die Preisgestaltung ausschließen. Als bestes Gegengewicht hat die Gepag eigene genossenschaftliche Markenartikel eingeführt. Es handelt sich um Waren, die zu einem beträchtlichen Teil genossenschaftlich hergestellt, unter dem allgemeinen Warenzeichen der Gepag, der Flagge, herauskommen und unantastbare erstklassige Qualität mit niedrigen Preisen verbinden. Die Verbraucherschaft hat sich an diese genossenschaftlichen Gepag-Waren außerordentlich schnell gewöhnt und dazu beigetragen, daß der Verbrauch sich ganz außerordentlich heben konnte. Im Jahre 1924 konnten 4 1/2 Millionen Pakete Gepag-Waren der verschiedensten Sorten abgesetzt werden. Im Jahre 1925 stieg diese Zahl auf 17 Millionen. Das Jahr 1926 dürfte in demselben Abstand eine Umsatzvergrößerung herbeiführen.

Die Gepag, die im Jahre 1913 einen Mitarbeiterstab von 26 Personen hatte, beschäftigt jetzt in ihren gesamten Betrieben 425 Angestellte und Arbeiter. Je größer die Ausdehnung der Produktionsstätten sich in der nächsten Zeit ermöglichen läßt, je größer wird auch die Zahl der beschäftigten Personen werden.

Die Zentralisation der Konsumgenossenschaftlichen Gütervermittlung hat auch, wie die Darlegungen beweisen konnten, im Rahmen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine große Erfolge erzielt. Durch die Genossenschaftsbewegung überhaupt geht ein Zug des gemeinsamen Wollens. Die Hunderttausende von Mitgliedern der einzelnen Genossenschaften, die ihren örtlichen Verein durch Wareneinkauf, Geldbeschaffung und lebhaftes Interesse fördern und stützen, helfen mit, daß dadurch auch die Genossenschaft stark und groß werden kann, damit auf dem Gebiete der Zentralisation des Wareneinkaufs und der Genossenschafts-Gütererzeugung die von den Führern der Bewegung vorgesehenen Wege beschritten werden können. Jeder Verbraucher, ganz gleich wo er steht, hat die Pflicht, diese Bewegung zu unterstützen. Er hilft damit nicht allein seinen eigenen Lebensunterhalt zu verbessern, sondern er dient der ganzen Genossenschaftsbewegung und damit auch unserm ganzen deutschen Volke.

Fritz Klein.

Aus dem Tapezierergewerbe.

Arbeitnehmer- und Arbeitgebergedanken.

Für unsere christlich organisierten Tapeziererkollegen ist es etwas Selbstverständliches, sich so weit wie möglich in Ziele und Aufgaben der gewerkschaftlichen Berufsbewegung sowie der allgemeinen christlichen Arbeiterbewegung hineinzuwenden. Zur Vertretung unserer Berufs- und Standesinteressen brauchen wir Kenntnisse und grundlegende Auffassungen über unsere allgemeinen Bestrebungen. Diese fördern wir als Gewerkschaftler durch Aussprachen in Versammlungen, in Konferenzen, auf besonderen Tagungen und insbesondere durch unser Verbandsorgan.

Wir wollen im Gewerbe menschenwürdige Arbeitsverhältnisse schaffen, mit ausreichenden Löhnen. Wir wollen auch mitwirken, daß ein gesunder Nachwuchs im Gewerbe herangebildet wird. Auch als Gehilfen wollen wir, daß alle ungehenden Auswüchse im Gewerbe in Schranken gehalten werden, damit sie nicht das anständige Gewerbe schädigen. Wir wollen, daß die soziale Gesetzgebung zum Schutze und Wohle des Arbeitenden nicht gehemmt, sondern weiter gefördert wird. Wir wollen im wirtschaftlichen und sozialen Leben mit den andern Ständen gleichgewertet sein.

Voraussetzung für die Erreichung all dieser Ziele ist, eine möglichst starke gewerkschaftliche Organisation und weitestgehende wirtschaftliche und soziale Schulung eines jeden einzelnen.

Wir skizzieren im Vorstehenden kurz unsere Bestrebungen, um demgegenüber das Wollen unserer Arbeitgeber im Tapezierergewerbe in den nachfolgenden Darlegungen entsprechend werten zu können.

Vom 16. bis zum 18. August tagte in Köln der Bund deutscher Tapeziererinnungen. Der Bund nahm auf dieser Tagung auch zu Dingen Stellung, die uns als christlichorganisierte Tapezierer sicher sehr eng berühren und die wir oben schon zum Teil mit kennzeichneten. Die dort gehaltenen Referate über „Berufswahl und Lehrlingsfragen“, „Die deutsche Fachschule“, „Das Handwerk in der Gesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung des Tapeziererberufes“ und „Schwarzarbeit und unlauterer Wettbewerb“, werden in den zwei letzten Nummern der „Allg. Tapeziererzeitung“ veröffentlicht. Einiges aus den Referaten ist wohl wert, unsern Kollegen mitgeteilt zu werden.

Bundesvorsitzender Spindler referierte über „Berufswahl und Lehrlingsfragen“. Er sagte zweifellos manches, was unsere Tapezierergehilfen unterschreiben können. Er verurteilt die Auffassung mancher Eltern, die den begabten Jungen dem Handwerk nicht zuführen, weil ihnen die gesellschaftliche Stellung im Handwerk nicht genügt. Dieselbe Auffassung herrsche sogar in eigenen Meisterkreisen. Es sei leider noch allgemeine Auffassung, „daß auf der Wertungsskala die Kopfarbeit als die höhere, und die Handarbeit als die niedere angesehen würde“. Er sagt der Meistertagung noch etwas von uns längst Erkanntem, und zwar: „Wir haben jetzt so manchen „Auch-Meister“, der dem Handwerk nicht zur Zierde gereicht! Des-

halb muß die Gesundung von unten herauf geschehen.“ Hier muß gesagt werden, daß von den Gewerkschaften den selbständigen Handwerkerorganisationen schon manche Kraft zuzufloß, die am Gesundungsprozeß nach Kräften mitwirkte. Solidarität, Standesbewußtsein, wo werden diese Tugenden besser gepflegt als in der Gewerkschaftsbewegung? Scharf verurteilt Spindler die Lehrlingszüchtereier und schlägt Normen zur Lehrlingshaltung vor. So sagt er, daß neben dem Meister und einem Gehilfen nur 1 Lehrling in Frage kommen könne. Bei Meister mit 3 Gehilfen, 2 Lehrlinge und als Höchstzahl dürften in keinem Betriebe mehr als 3 Lehrlinge gehalten werden. Mit diesen Vorschlägen könnten auch wir uns einverstanden erklären. Weniger mit dem Vorschlag auf Einführung der 4 jährigen Lehrzeit.

Direktor Walter von der Frankfurter höheren Fachschule der Tapezierer behandelte in einem Vortrage Lehrstoff und Aufbau der dortigen Schule. Auch sagte er in der Einleitung manches Beachtenswerte. Ueber die Schätzung des Könnens äußerte er: „Darum gilt es, Achtung zu verbreiten vor dem, der etwas gelernt hat. Achtung vor der Arbeit! Achtung vor der Ehre! und Achtung vor der Leistung!“ Wenn diese Achtung allenthalben von den Tapezierermeistern mehr und mehr aufgebracht wird, aber auch gegenüber ihren Gehilfen, sind wir zufrieden. Leider sieht es in manchen Städten mit der Achtung vor der Arbeit und Leistung ganz anders und recht sonderbar aus. Denken wir nur an manche willkürliche Lohnkürzungen und Vorenthaltung der Ferien. Hoffen wir, daß Direktor Walter mit seinen Worten die Gewissen geschärft hat!

Daß man Standesinteressen stark extrem unter Ausschaltung jeglichen sozialen Gefühls andern Ständen gegenüber oertreten kann, bewies der Tapezierermeister Holzamer, M. d. R., im Vortrage „Das Handwerk in der Gesetzgebung“ mit besonderer Berücksichtigung des Tapezierergewerbes. Wenn Holzamer Tapezierergehilfen geliebt hätte, so würde er wahrscheinlich im politischen Leben sich dem äußersten linken Flügel eingereiht haben. Ueber die Steuer-gesetzgebungsmaschine, insbesondere über die dazu als Gestalter in Betracht kommenden Staatspersönlichkeiten, ergoß er in Strömen seinen Zorn. Die Tapezierermeister hätten auf alle Leder, vom Spalt bis zum Mouton, Luxussteuer zahlen müssen, während dem Sattler und Portefeullier nur auf Krokodil und Eidechse Steuer abverlangt würden. Also sagt er: „Die Luxussteuer ist zu Unrecht von uns erhoben worden.“ Seine Meinung ist: Man müßte einen Aufruf in der „Allg. Tapeziererzeitung“ erlassen und die zu Unrecht gezahlte Steuer vom Staate zurückverlangen. Wenn man stark genug wäre, diesen Wunsch durchzubrüchen, so würde Holzamer mit seinem Tapezierermeister ein ganz gutes Geschäft machen; denn die Luxussteuer wurde doch von der Rundschau gezahlt und nicht von den Meistern. Oder will er der Regierung plausibel machen, daß die Luxussteuer nicht in den Preis der Ware inkalkuliert wurde? Ein Sturm der Entrüstung, sagt Holzamer, gehe durch das gesamte Handwerk wegen des heutigen Steuereinschätzungssystems. Herr Holzamer möge folgendes beachten: Im April d. J. ging eine

Grundlagen und Formen der Wirtschaftskartelle.

Die Tendenz des Wirtschaftssystems der Gegenwart liegt in der Arbeitserzeugung, in der Preisgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit des einzelnen bei gleichzeitiger Bindung an den wechsellwirkenden Organismus der Gesamtwirtschaft. Die Herabdrückung der Individualität zu einem in der Mehrzahl aller Fälle unbedeutenden und leicht ersetzbaren Detailwerkzeug im Produktionsprozeß führt aber sowohl zu einer außerordentlichen Verschärfung des Daseinskampfes, wie zu jener Unfähigkeit der allgemeinen Existenzbedingungen, die gerade die gegenwärtigen Verhältnisse so besonders scharf beleuchten. Die Reaktion auf diese Erscheinungen ist die Zusammenschlußbewegung. Wir treffen sie überall. In den Vereinen, Genossenschaften, Bruderschaften, Gewerkschaften. Bei Verbrauchern, Händlern, Erzeugern, bei wirtschaftsschwachen und wirtschaftsstarken Individuen. Als Antithese auf die anti-individualistische Tendenz des herrschenden Wirtschaftssystems haben sie eine Gemeinsamkeit, nicht aber in ihren unmittelbaren Entstehungsurachen. Diese vielmehr sind andern Ursprungs. Bei den wirtschaftsschwachen Individuen sind sie der Ausdruck dessen, an die Stelle der Schwäche des einzelnen eine Massenkraft zu setzen. Bei den wirtschaftsstarken ein Hauptmittel in dem Ringen um die Wirtschaftsherrschaft. Denn auch hier nimmt der Kampf ums Dasein von Fall zu Fall beständigere Formen an. Gemeinlich pflegen wir diesen Zustand mit dem Begriffe Konkurrenzkampf zu charakterisieren. Er kann sein ein Kampf aller gegen alle, dann ist es der Daseinskampf in seiner allgemeinen Form auf eine bestimmte Schicht übertragen. Oder er kann sein ein Kampf innerhalb bestimmter Gruppen: zwischen den einzelnen Gliedern gleicher Wirtschaftsfaktoren, also zwischen z. B. den Unternehmungen der eisenerzeugenden Industrie, zwischen denen der weiterverarbeitenden Werke usw. Vorwiegend erzeugt dieser Konkurrenzkampf Kräfteausparung, Intensivierung, Vorwärtswirtschaft, beeinflusst er die Preisbildung in einem für den Verbraucher günstigen Sinne.

Die also gesunde, normale Form wechselt aber bei sich abwärtsbewegender Wirtschaftskonjunktur sehr leicht in das Stadium des Kampfes. Auch das kann unter Umständen gesund sein, wenn es zu einer notwendigen Vereinigung der Wirtschaft führt. Aber gerade die kapitalistische Einstellung der Wirtschaft wirkt leicht in entgegengesetzter Richtung. Denn je größer eine Unternehmung ist, desto größer ist auch das in ihr investierte stehende Kapital. Dieses aber bedarf genügend langer Rentabilitätsperioden zu seiner Verzinsung und Amortisation. Da aber scharfe Konkurrenz über lange Zeiträume mit gegenseitiger Preisunterbietung notwendigweise auf den Verzicht von Gewinnen bedingt, wird das Kapital dem Konkurrenzkampf von sich aus eine Strafe geben, und zwar mit dem

Augenblick, wo es sich herausstellt, daß die Schäden, die aus der Fortführung des Konkurrenzkampfes entstehen, größer sind, als der Ruhezustand des Konkurrenzkampfes. Dann wird zwangsläufig entweder ein Zusammenschluß zur gruppenweisen Fortführung des Kampfes eintreten und so die stärkere „Gruppe“ den schwächeren entscheiden; oder aber es wird zu einem generellen Zusammenschlusse der gegeneinander kämpfenden Einzelunternehmungen kommen, der aus der Erkenntnis resultiert, daß der Sieg nach einem Kampf bis zur Erschöpfung allen, auch den letzten Endes Uebrigbleibenden weniger einbringt, als gegenseitige Verständigung und vertraglicher Zusammenschluß. Wie die Entwicklung gelehrt hat, ist das Ergebnis dann gewöhnlich ein Kartell.

Kartelle sind also Zusammenschlüsse von Unternehmungen gleicher Produktionsstufe: Schienenkartell, Walzwerkskartell, Drahtkartell usw. Und zwar Zusammenschlüsse, die auf Grund freier vertraglicher Verständigung beruhen. Worauf sich diese Verständigung im einzelnen beläuft, das ist für die Kartelldefinition an sich unwesentlich, und in der Wirtschaft stark verschieden. Es gibt einfache Preiskonventionen, in denen sich die Unternehmungen einer Industrie über die Preisfestsetzung einigen und sich die teilnehmenden Werke vertraglich verpflichten, die gemeinsam beschlossenen Preise einzuhalten. Solche Preiskonventionen gibt es sowohl für das Inland als auch für den ausländischen Markt. Oder es kommt eine Einigung innerhalb einer Industrie zustande über fest normierte Lieferungs- und Abnahmebedingungen, über den Zahlungsausgleich, die Höhe der Preise und dergleichen. Oder aber die vertragsschließenden Unternehmungen gehen über den Rahmen der bloßen Vertragsschließung hinaus und gründen gemeinsam einen Verband oder ein Syndikat (Rohisen-Verband, Stahlwerks-Verband, Rohlen-Syndikat), das als Erzhändler die Geschäfte des Kartells besorgt. Auch hier ist die Form, in der sich die einzelnen Unternehmen aneinander binden, verschieden: vom teilweisen Verzicht auf die selbständige Handhabung eines einzelnen Produktionsgebietes bis zur vollständigen Preisgabe ihrer Selbständigkeit. Die großen Verbände und Syndikate vereinigen in sich durchschnittlich den allergrößten Teil der Unternehmungen einer Industrie, setzen für jedes ihrer Mitglieder ein aus dem Durchschnitt der Vorgründungsjahre berechnetes Lieferungskontingent fest, welches der Verband oder das Syndikat zu treuen Händen für die Werke ins Inland oder Ausland verkauft, und wofür die Werke sich verpflichten, keine Verkäufe außerhalb des Verbandes zu tätigen, bzw. über den Verband zu leiten. Damit verbunden ist gewöhnlich eine fest umrissene Gebietsfestsetzung für die Lieferung der einzelnen Werke, wobei jedes Werk in seinem Gebiet Monopolstellung genießt. Die Zusammenfassung der beim Kartell einlaufenden Aufträge (der Verkauf kartellierter Produkte findet durchweg nur

durch das Kartell statt) wird dann nach Maßgabe ihres Eingangs auf die einzelnen Mitglieder verteilt. Da das Kartell für seine Mitglieder zu treuen Händen arbeitet, fallen ihm eigene Gewinne nicht zu, sondern werden alljährlich die erzielten Ueberschüsse proportional dem Anteil auf die einzelnen Mitglieder umgelegt.

Ob ein Kartell in der Praxis die Bezeichnung: Verband, Syndikat oder Kartell führt, das ist für den Kartellbegriff vollständig unwesentlich. Das Ausschlaggebende ist hier allein die Zusammenschließung von Unternehmungen gleicher Produktionsstufe und der Grad dieser Zusammenschließung. Für die Stellung eines Kartells in der Wirtschaft kommt es auf etwas anderes an: ob sich in ihm nur einige wenige schwache Unternehmungen vereinigen, die sich gegenseitig vor der Erdrückung durch die starke Konkurrenz schützen wollen und darum in Kartellform eine Interessengemeinschaft eingehen, oder ob das Kartell bis auf ganz wenige Ausnahmefälle die ganze Industrie umfaßt. Nach Ueberwindung einer bestimmten Entwicklung in der Kartellierung wird das Ziel jeder kartellierten Industrie darin liegen, auch den letzten Außenstehenden ins Kartell zu ziehen. Denn mit diesem Augenblick wird sie ihren Markt konkurrenzlos beherrschen, und ihre Inlandspreise so hoch schrauben können, als es die Weltmarktpreise plus Zoll und es die Lage der Volkswirtschaft gestatten — ohne unterbietende Inlandskonkurrenz fürchten zu brauchen. Ähnlich in der auswärtigen Preispolitik. Ja, das Kartell kann, wenn es diesem ratsam erscheint, den Bedarf des Auslandes künstlich unbefriedigt lassen und durch verbilligte Auslandsverkäufe, die es ihm ermöglichen, trotz zeitweiligen Ausfalls des Inlandsmarktes seine Werke zu beschäftigen, die Preise auf dem Inlandsmarkt in der von ihm gewünschten Höhe regulieren. Wie gesagt: das kann das Kartell, wenn es die Entwicklung des inneren Marktes gestattet, es braucht deshalb nicht so zu handeln. Die Praxis hat für beide Fälle Beispiele geboten. Aber nicht immer ist das Interesse der Volkswirtschaft auch das der Industrie, dafür bietet die auswärtige Politik der Kartelle Beispiele in großer Zahl. Sehr häufig geht das Privatinteresse vor das Gemeininteresse. Aber nur das Kartell wird die Macht haben, rücksichtslos seinen Willen durchzusetzen, das keinen Widerstand mehr neben sich bestehen hat. Dann ist aber das Syndikat oder der Verband kein einfaches Kartell mehr, sondern seinem Charakter nach bereits ein — Monopol.

Kartell und Monopol sind also zwei Seiten derselben Sache. Beide Zusammenfassungen horizontaler Gliederung, Unternehmungen gleicher Produktionsstufe. Trotzdem aber unterscheiden sie sich in ihrer Stellung zur Wirtschaft. Kartell wie Monopol verleihen dem Preisstand eine bestimmte Gleichmäßigkeit, ermöglichen schnelle und generelle Anpassung an die Gebote der Marktlage, einheitlichen den Produktionsverkehr, ge-

Notiz durch die Presse, welche vom Steuerauschuß des sächsischen Gemeindebeamtenbundes veröffentlicht wurde und besagt: In einigen Großstädten Sachsens zahlten an Kirchensteuer bei Erhebung eines Satzes von 15 % der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1925:

Table with 2 columns: Profession and Amount. Includes Bäckermeister (7.90 M.), dessen Gehilfe (15.30 M.), ein Fleischermeister (4.30 M.), ein Fleischermeister (8.70 M.), Verlagsbuchhändler (1.60 M.), sein Hausmädchen (3.60 M.), ein Baugewerbe (1.60 M.), ein Stellmachermeister (2.10 M.).

Das sind Kreise, die dem Handwerk angehören oder recht nahe stehen. Herr Holzamer mag sich demgegenüber die Steuern der Arbeiter und Angestellten des nähern betrachten. Wir glauben, daß es in weiten Teilen des Reiches so ähnlich wie in Sachsen ausieht. Eine Offenlegung der Steuerlisten würde manches Interessante zutage fördern. Nach Holzamer muß das Handwerk auch entschieden Verwehrrung einlegen gegen das Arbeitsgerichtsgezet. Die bisherige Behandlung der Frage der Erwerbslosen- und Sozialversicherung ginge nicht den richtigen Weg. Eine Gefahr sei es, die Erwerbslosenversicherung genau wie die Invalidenversicherung einzuführen, die Unterstützung auf ein Jahr auszudehnen und Unterstützungssätze von 50 bis 75 % festzusetzen. Solche Gesetze führten das Handwerk dem vollständigen Ruin entgegen. Er will anscheinend die Arbeitslosenfrage mit Schlagworten lösen und zwar wie folgt: Das deutsche Handwerk verlange seine Rechte. Das Recht auf Arbeit erfordere von Staat und Kommunen die Schaffung von Arbeitsmöglichkeit. So lange diese Möglichkeit aber nicht vorhanden ist, müssen die Arbeitslosen doch leben können, Herr Holzamer! Verlangt wurde auch die Beseitigung von Zwangsgezetzen im Baugewerbe. Es wurde behauptet, die freie Bautätigkeit sei durch Zwangsgezetze eingeengt. Holzamer scheint als Mitglied des Reichstages da nicht ganz auf dem Laufenden zu sein.

In einer Zeit der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohndruckes über Schwarzarbeit zu reden, müßte sozial eingestellte Menschen zu recht vorsichtigen Urteilen bewegen. Dieses gelang dem vortragenden Tapezierermeister Fischer, der über Schwarzarbeit und unlauteren Wettbewerb referierte, leider nicht. Fischer verurteilte nur in recht kräftigen Worten jede Schwarzarbeit und verlangt weitere tarifliche Sicherungen. Ohne Zweifel muß man die Schwarzarbeit im Gewerbe auf das Schärfste verurteilen, wenn Gehilfen sie ausführen, die noch im unverkürzten Arbeitsverhältnis stehen und tariflich entlohnt werden. Auf der anderen Seite denke man sich auch einmal in die Lage eines Familienvaters hinein, der durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit kaum das Notwendigste zum Leben hat. Kann man es da scharf verurteilen, wenn solche Kollegen eine sich bietende Gelegenheit zur Nebenarbeit nicht zurückweisen, um das armselige Leben der Familie etwas aufzufrischen? Weiteres dazu auszuführen, ist wohl zwecklos. Mit welcher unlauteren Elementen die Tapezierermeister in ihren eigenen

währtesten Regelmäßigkeit, Sachlichkeit, unnötige Konkurrenz ausschaltung, verhindern die Ueberfremdung mit ausländischen Erzeugnissen, sind substanz- und arbeitshaltend und bergen auch sonst noch eine ganze Zahl wirtschaftlicher Vorteile in sich. Ihr persönlicher Unterschied aber besteht in dem, und das ist das verschiedene Machtmoment — der Nachteil der Kartellierung für die Volkswirtschaft. Gewiß, ein wie oben geschildertes feingegliedertes Betriebskartell kann auch ohne die Aufnahme des letzten Außenstehenden eine wirtschaftsbeherrschende Macht sein und monopolistischen Charakter tragen. Immerhin ist aber das Konkurrenzmoment noch vorhanden, wenn es zeitweilig auch schlummert. Und das genügt, um die Wirtschaft vor der letzten Willkür zu schützen. Der Außenstehende braucht nur stark genug zu sein. Denn gerade die Rücksicht auf die schwächeren Unternehmen wird dem Kampf des Kartells gegen den starken Außenstehenden eine Grenze ziehen. Denn auch in bezug auf den Preisabbau wird das Kartell gebunden sein, und zwar an die am teuersten produzierenden Unternehmungen, nur deren Preisgabe eine Unterschreitung der Preisgrenze möglich macht. Dann aber wird das Kartell auseinanderfallen. Anders wenn das Kartell Monopolstellung einnimmt. Dann entscheidet seine Preispolitik allein die Wirtschaftslage. Monopole hemmen aber die freie Preisbildung auf dem Markt, ganz besonders wenn es sich um Monopole der Grundstoffe handelt (Kohle, Kali, Eisen usw.), und verteuern den Werdegang des Erzeugnisses um das Maß unanständig, um welches das Konkurrenzmoment die Preisbildung beeinflussen würde. Diese Verteuerung muß aber der letzte Käufer tragen. Da dieser aber darauf angewiesen ist — selbst wenn er sich konsumgenossenschaftlich organisiert — die überwerteten Preise aufzuwenden, so wird er dafür auf die Befriedigung anderer Bedürfnisse in Höhe der Uebertuerung verzichten müssen. Diese Einbuße an seiner Kaufkraft schädigt aber die hierdurch betroffenen übrigen volkswirtschaftlichen Gewerbe, auf deren Kosten die Monopolpreise der kartellierten Ausgangsindustrie gehen. Die fortschreitende Monopolisierung der Grundstoffe und Industrien bringt aber zwangsläufig eine proportional der so entstehenden Uebertuerung sinkende Kaufkraft, ein Abfallen des Marktes und Anziehen der Löhne hervor. Unter normalen Verhältnissen würde sich die Reaktion dieser Tendenz der überentwickelten horizontalen Zusammenfassung durch eine Zunahme der vertikalen Gliederung ausgleichend entwickeln. Auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird diese Reaktion eintreten, und ist sie zum Teil bereits eingetreten. Aber solange eine Stärkung des inneren Marktes notwendig ist, sind Monopolpreise nur dann anzukreben, wenn sie die Tendenz nach abwärts repräsentieren. Nur, aber auch nur dann können die Monopole segensreich für die Volkswirtschaft werden. Ob sie sich allerdings so einstellen werden — das ist eine andere Frage. Dr. Rüppert.

Reihen zu tun haben, zeigten keine Ausführungen über den unlauteren Wettbewerb. Möge der Innungsverband hier dieselbe Schärfe des Kampfes anwenden, wie er gewillt ist, die Schwarzarbeit zu bekämpfen. Die Ausführungen des Referenten waren nicht dementsprechend.

An der Spitze dieser Abhandlung setzten wir kurz unsere Bestrebungen, unser Wollen voraus. Wir sehen aus den Schilderungen über die Tagung des Tapezierer-Innungsverbandes, daß nach der sozialen Seite dort ein anderer Geist wehte, der unseren Bestrebungen stark entgegenläuft. Möglichst restlose Erfassung der Tapeziererkollegen in unserer christlichen Organisation werden unseren Bestrebungen die Wege ebnen. Vergessen wir auch nicht, die Lehrlinge in unsere Jugendbewegung einzureihen. Nachwuchs mit Solidaritäts- und Standesbewußtsein wollen auch wir dem Gewerbe mit erziehen. Möge die Werbearbeit auch von unsern Tapeziererkollegen kräftig in Angriff genommen werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 24. bis 30. Oktober 1926 der 44. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Teilzahlungen für das IV. Vierteljahr 1926. Die laufend eingehenden Beitragsgelder sind ohne Rücksicht darauf, ob die Abrechnung schon fertiggestellt ist, als Teilzahlungen an die Hauptkasse einzusenden.

Lohn- und Tarifbewegung.

Lohnabbaubestrebungen seitens Möbelfabrikanten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Trotz bestehenden, für allgemein verbindlich erklärten Bezirksstarifvertrages und ebenso für allgemein verbindlich erklärten bezirklichen Lohnabkommens, versuchen einige Möbelfabrikanten, den Tariflohn stark abzubauen. Die Not der Zeit benutzend, ist ihnen auch bereits der Abbau gelungen. Die noch herrschende große Arbeitslosigkeit bringt es mit sich, daß leider gar manche Kollegen sich auch verleiten ließen, Lohnkürzungen sich gefallen zu lassen.

Es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, doch einmal auch von andern Abwehrkampfmaßnahmen Gebrauch zu machen, als es gewöhnlicherweise üblich ist. Es gibt noch solche durchaus berechnigte Abwehrkampfmaßnahmen, wovon Gebrauch zu machen die Gewerkschaften nicht nur das Recht, sondern angesichts des geradezu rücksichtslosen Vorgehens einiger Möbelfabrikanten sogar die Pflicht haben, Gebrauch zu machen.

Die von den in Frage kommenden Fabrikanten in den Handel gebrachten Möbel sind durchweg solche, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet fast nur von Arbeitern gekauft werden. Im Bergbau, wo zurzeit wieder bessere Beschäftigung vorhanden ist und demzufolge auch naturgemäß nach langem schwachen Geschäftsgang wieder einigermaßen Verdienstmöglichkeiten geschaffen sind, gibt es viele Arbeiter, die dringenden Bedarf an Haushaltsgegenständen zu decken haben. Es wird daher erwogen werden müssen, ob es seitens der Arbeiter angebracht erscheint, gerade die Erzeugnisse zu kaufen, die aus Fabriken stammen, in denen man sich kalt berechnend, ja sogar den Machtstandpunkt gegenüber den Arbeitern hervorkehrend, über jede ordnungsmäßige Lohnregelung hinwegsetzt, zu kaufen.

Wenn einmal Hunderttausenden von Bergleuten, Metallarbeitern usw. diese Tatsache vor Augen geführt wird, wenn weiter ihnen nachgewiesen werden kann, daß bei sehr vielen Handwerkern und auch sonstigen Arbeitgebern ebenso billige und vielleicht noch bessere Ware zu erstehen sind, so zweifeln wir nicht daran, daß sie sich ihrer Ehre und ihres Solidaritätsgefühls bewußt und danach handeln werden.

Der selbe Gesichtspunkt dürfte auch den Möbelfabrikanten aus den Gebieten von Herford, Oeynhausen und Detmold vor Augen geführt werden, die ähnlich verfahren und das Industriegebiet mit ihren Waren überfluteten.

Unsere bisherige Tarifgemeinschaft mit diesen Fabrikanten hat uns daran gehindert, Kampfmaßnahmen, wie angedeutet, zu ergreifen. Wenn man aber glaubt, in der jetzigen Zeit den Arbeitern alles bieten zu können, werden wir gezwungen sein, einmal mit aller Deutlichkeit an die Solidarität der großen Verbände der Bergarbeiter, der Metallarbeiter, der Eisenbahner, der Angestellten usw. zu appellieren und deren Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Korbwaren- und Kinderwagenindustrie in Hirschaid und Senbelsdorf. Von der U.-G. für Korbwaren- und Kinderwagenindustrie vorm. Hourdeaux-Bergmann, Betrieb Hirschaid, und der Holzwarenfabrik Seubelsdorf war das bestehende Lohnabkommen gekündigt worden, um eine Heruntersetzung der Löhne zu erreichen. Da direkte Verhandlungen zwischen den Parteien scheiterten, weil die Firmen auf dem Abbau der Löhne bestanden und eine Heruntersetzung der Akkordsätze bereits vorgenommen hatten, wurde der Schlichtungsausschuß in der Streitfrage angerufen. Dieser fällt einen einstimmigen Schiedsspruch, wonach die bisherigen Tariflöhne bis zum 11. Februar 1927 weiter gelten sollen. Von diesem Termin

ab kann der Schiedsspruch mit einer 14tägigen Frist gekündigt werden.

Ebenfalls wurde vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses festgestellt, daß die von der Firma in Hirschaid vorgenommenen Akkordabzüge gegen die tariflichen Mantelbestimmungen verstößen. Die Arbeitnehmer werden darauf verwiesen, daß sie ihre Ansprüche auf gerichtlichem Wege geltend machen müssen, für den Fall, daß die Firma die Akkordabzüge nicht rückgängig macht.

Niederbayerische Sägewerksindustrie. Bei den Verbindlichkeitsverhandlungen über den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Regensburg vom 13. Sept. 1926 machte der stellvertretende Landesrichter nach längeren Verhandlungen einen für beide Teile rechtsverbindlichen Vorschlag, welcher wie folgt lautet:

1. Ab laufender Lohnwoche beträgt der Spitzenlohn in Ortsklasse II 64 Pfennig. Der Spitzenlohn der Berufsgruppe B beträgt 92%, der Spitzenlohn der Berufsgruppe C 89%, der Spitzenlohn der Berufsgruppe D 65% des Spitzenlohnes der Berufsgruppe A in Ortsklasse II. Die Ausrechnung der übrigen Löhne erfolgt in der bisherigen Weise.

2. Diese Lohnregelung gilt bis auf weiteres und ist erstmals zum 28. Mai 1927 mit der im Landestarif für das bayer. Sägewerbe vorgesehenen Frist kündbar.

Demnach ergeben sich für Niederbayern folgende Löhne:

Table with 5 columns: Ortsklasse (II, III, IV, V) and Spalte (a, b, c, d) for Lohnhöhe in Pfennig. Spalte a: 64, 59, 57, 42; Spalte b: 59, 54, 53, 38; Spalte c: 53, 49, 47, 35; Spalte d: 48, 44, 43, 31.

Gewerkschaftliches.

Die ev. Arbeitervereine für die christlichen Gewerkschaften. Die „Evangelisch-sozialen Stimmen“, das Hauptorgan des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine für den Osten, knüpft an einen Bericht über den Jahresbericht der sozialistischen Gewerkschaften folgende Bemerkungen: „Wir haben über die christlich-nationalen Gewerkschaften berichtet und freuten uns, festzustellen, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke nicht nur Schritt hält mit seinem weltanschaulichen roten Gegner, sondern ihn prozentual übertrifft. Die sogenannte gelbe Bewegung bleibt erfreulicherweise weit zurück.“

„Für uns als evangelische Arbeiter ist es eine erste Mahnung, gegenüber der sozialistischen Gewerkschaftsmacht auf dem Posten zu sein und dafür zu wirken, daß die Massen der evangelischen Arbeiter vom roten Bann frei werden und in den christlichen Gewerkschaften ihre Berufsvertretung sehen. Solche Mitglieder werden auch den evangelischen Arbeitervereinen als Kampftruppen für ihren Glauben dienen.“

Die christlichen Gewerkschaften stehen schon seit Jahrzehnten in Waffenbrüderschaft mit den konfessionellen Arbeitervereinen. Nichtsdestoweniger sind solche richtungweisenden Ausführungen besonders in der jetzigen Zeit von klärender Bedeutung.

Rundschau.

Ein Kapitel zur Neutralität der sozialistischen Konsumvereine. Die sozialistischen Konsumvereine unterhalten in Dortmund an der Bornstraße ein großes Zentrallager mit eigener Bäckerei. Seit 6 Jahren arbeitete dort der Bäcker Alois Mehler. Mit Aufnahme seines Arbeitsverhältnisses mußte er Mitglied der sozialistischen Gewerkschaften werden. Kurz darauf stellte man an ihn das Ansuchen, falls er weiter arbeiten wolle, müsse er sich der sozialistischen Partei anschließen. Auch dieses hat Mehler noch gemacht, anscheinend um des lieben Friedens willen. Nachdem Mehler es allerdings ablehnte, sich der Freidenkerbewegung anzuschließen, wurde er als ein Hecht im Karpsenteich angesehen. Vor einigen Tagen stellte nunmehr der Betriebsrat der Genossenschaft bei der Betriebsleitung den Antrag auf Entlassung des Mehler. Die Betriebsleitung mußte dem Antrag stattgeben. Mehler klagte hierauf beim Gewerbegericht auf Wiedereinstellung. Die Betriebsleitung stellte Mehler das beste Zeugnis aus, aber die Herren Sozialisten des Betriebsrates verlangten die Entlassung, und somit stand Mehler außerhalb des Betriebes.

Kommentar überflüssig. Jedoch die eine Frage muß immer wiederholt werden: Was sagen alle die Schlafmützen zu solchen Vorkommnissen, welche immer noch Mitglied sozialistischer Konsumvereine sind und gedankenlos das Wort nachplappern, der Konsumverein hat mit Parteiwesen nichts zu tun. Wichtig ist, er sollte hiermit nichts zu tun haben. Wenn wir dieses erreichen wollen, dann nur dadurch, daß alle Nichtsozialisten die Reihen der sozialistischen Konsumvereine verlassen und dort ihren Anschluß suchen, wo solche Vorkommnisse nicht möglich sind, in Konsumvereinen, die dem Reichsverband deutscher Konsumvereine angeschlossen sind.

Die internationale Vergleichung der sozialen Lasten. IAB. Durch den Krieg und die ihm folgenden Wirtschaftskrisen hat die Frage der sozialen Belastungen insbesondere in den industriellen Ländern eine große Bedeutung erlangt. Um die Absatzgebiete zu erobern oder zu halten bemühen sich die Wirtschaftskreise, die Verkaufspreise herabzusetzen, was mit einer entsprechenden Herabsetzung der

Gestehungskosten in den einzelnen Produktionsfaktoren verbunden ist. Von diesen Bestrebungen werden naturgemäß zuerst die Elemente ergriffen, die, wenigstens scheinbar, am leichtesten gedrückt werden können, d. h. die Löhne und die sozialen Lasten, ganz besonders die Kosten der Sozialversicherung.

Auseinandersetzungen über die Höhe der sozialen Lasten finden gegenwärtig in allen Ländern statt, und jedes Land ist der Meinung, die ihm auferlegten sozialen Lasten seien größer als die der benachbarten Staaten oder der anderen Wettbewerbsmächte. Es werden ungenaue und unvollständige Statistiken beigebracht, internationale Vergleiche angestellt, die zu irrtümlichen Schlussfolgerungen führen müssen, weil sich die Unterlagen aus heterogenen Elementen zusammensetzen.

Die britische Regierung hat nun das Internationale Arbeitsamt ersucht, in diese Auseinandersetzungen eingzugreifen und Unterlagen zu veröffentlichen über die tatsächlichen Kosten der verschiedenen Arten der Sozialversicherung oder der in den verschiedenen Ländern bestehenden sozialen Einrichtungen.

Vor Inangriffnahme dieser vielseitigen und heiklen Aufgabe hat das Internationale Arbeitsamt einen internationalen Sachverständigenausschuss über die Möglichkeiten und die Methoden einer internationalen Vergleichung der Sozialkosten befragt.

Der Sachverständigenausschuss war der Auffassung, daß das Internationale Arbeitsamt die beabsichtigte Erhebung anstellen soll zum Zwecke der Aufstellung vollständiger, unparteiischer und kontrollierter Statistiken. Insbesondere soll das Amt Fehlerquellen in der Methode richtigstellen, auf die Unzulänglichkeit der in der Auseinandersetzung angewandten Kriterien und auf die sehr beschränkten internationalen Vergleichsmöglichkeiten hinweisen, da bei den Vergleichen willkürlich ein Produktionsfaktor herausgegriffen wird, dessen wirklicher Wert verkannt wird, besonders in bezug auf seine wirtschaftliche und soziale Leistung.

Das vom Sachverständigenausschuss aufgestellte Programm umfaßt einerseits die Untersuchung der von den wichtigsten Industrieländern aufgetragenen sozialen Lasten und andererseits den internationalen Vergleich der Kosten in gewissen Industrien, die im zwischenstaatlichen Wettbewerb eine vorherrschende Rolle einnehmen: Kohle, Stahl und Eisen, Baumwolle, Schiffbau.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts wird sich auf seiner gegenwärtigen Tagung, die am 14. Oktober in Genf begonnen hat, mit diesen Vorschlägen der Sachverständigen befassen.

Anmerkung der Red.: Es scheint internationale Mode geworden zu sein, von sozialen „Lasten“ zu reden. Wir können diese Kennzeichnung der Beiträge, die für Versicherungszwecke aufgebracht werden, nicht als richtig anerkennen. Die Fürsorge der Staaten für die kranken und abgearbeiteten invaliden Arbeitnehmer ist weiter nichts als die Übernahme einer Pflicht, die die Wirtschaft eigentlich selbst zu erfüllen hätte.

■ **Augen auf und Tische zu.** Aus der Not der Mitmenschen hat noch immer Unfähigkeit oder Gemeinheit reichlichen Nutzen zu ziehen gewußt. Besonders der Mangel an Wohnraum ist der lumpige Nährboden solcher Parasiten, die bestenfalls ihre eigene Person in den Vordergrund rücken wollen, meistens jedoch an die mühselige Füllung ihres Geldbeutels denken. Immer noch blüht der Wohnungswucher als eines der einträglichsten Gewerbe. Und die Dummheit der Massen scheint leider grenzenlos.

Wie oft haben wir und alle ernstlichen Sozialreformer gewarnt vor den wie Pilze aus der Erde schießenden Wohnungsgesellschaften und Bausparkassen, die sich gerade die Minderbemittelten als Ausbeutungsobjekte auserkennen und die um so verdächtiger sind, je mehr sie das Unmögliche möglich zu machen versprechen. Auch beim Wohnungsbau muß ein bestimmtes Eigenkapital vorhanden sein. Und wer das hat, der braucht sich das nicht von den Bausparkassen wegnehmen zu lassen. Allein in Stuttgart sind in der allerletzten Zeit drei Gesellschaften dieser Art zusammengebrochen. Auch der „Deutsche Hilfs- und Siedlungsbund“ in München ist in Konkurs geraten, wodurch nicht nur 6500 Später um ihr hauer erpartes Geld gekommen sind, sondern auch noch zur Einzahlung der fälligen Summe herangezogen werden. Ein besonders „fähiger“ Herr scheint der Direktor der „Wohnungsbau-Gesellschaft m. b. H. Halle-Leipzig-Nürnberg“ zu sein, der für 150—300 Mark Einzahlung jedem eine Wohnung zu bauen verspricht, der darauf hereinfiel. Und deren sollen nicht wenige gewesen sein. Ein Herr Direktor wegen Betrugs belangt worden, weil der gesamte Einzahlungsbetrag einfach nicht mehr da ist. Das ist sehr wohl verständlich. Denn so ein „Direktor“ muß doch letzten Endes auch standesgemäß leben.

Gewiß können auch solide fundierten, auf gemeinnütziger Grundlage aufgebauten Bauvereinigungen unglückliche Zufälle hin und wieder arg mitspielen. Aber das sind ganz seltene Ausnahmen und es gibt so viele gut geleitete und gesunde alte Wohnungsgesellschaften, hinter denen die Erfahrung, Aufsicht und das Vermögen großer Verbände steht, daß derjenige, der zu einem Eigenheim kommen möchte, Gelegenheit dazu genug hat und sich dazu keinem Kurpfuscher oder Hochstapler auszuliefern braucht.

Aus Arbeitgebertreisen.

■ **Wo nicht gepart wird.** Zu dem Verlangen der Arbeitgeber nach Wohnabbau steht die Verabreichung der höheren Angestellten in industriellen Unternehmungen in schärfstem Gegensatz. Auf der Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg machte der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Kollege Otte, dazu folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ stellten kürzlich fest, daß 10 bekannte sächsische Industriegesellschaften, die 1913 nur 20 Direktoren und 50 Aufsichtsratsmitglieder hatten, heute 30 Direktoren und 74 Aufsichtsräte besitzen. Bei Chyssen: Rückgang der Arbeiterzahl gegenüber der Vorkriegszeit, die Zahl der Direktoren aber steigt von 3 auf 7. Die Dortmunder Union hatte im Frieden 5 Direktoren. Während die Arbeiterzahl um etwa 60 Prozent stieg, schnellte die Zahl der Direktoren um fast 400 Prozent in die Höhe, nämlich von 5 auf 19. Während bei der Gute Hoffnungshütte die Arbeiterzahl von 9000 auf 8000 zurückgegangen ist, stieg die Zahl der Direktoren von 4 auf 10. In einer schwäbischen Tageszeitung war am 27. September dieses Jahres zu lesen: „In einem Augsburgener Betrieb erfordern 24 Angestellte einen Jahresbezug von 57 000 Mark, dagegen ein Direktor einen solchen von 60 000 Mark; in einem süddeutschen Industriegebiet betragen die jährlichen Aufwendungen an Gehältern für 60 Angestellte 144 000 Mark, dagegen für 3 Direktoren 156 000 Mark plus 144 000 Mark für Cantieme. Bei einer mittleren Maschinenfabrik erhielten die Aktionäre für das Jahr 1925 630 000 Mark als Dividende, der sechsköpfige Aufsichtsrat dagegen mehr als 100 000 Mark Cantieme. Beim Farbtrüst empfing jedes Aufsichtsratsmitglied für das verfloßene Jahr 38 760 Mark, beim Wintershallkonzern 20 000 Mark bzw. 10 000 Mark. Das Jahresgehalt des Direktors beträgt beim Stahlwerkverband 180 000 Mark, beim Röhrenverband 110 000 Mark, das der stellvertretenden Titulardirektoren 75 000 Mark. Nach Calwer bezogen bei der Zigarettenfabrik Jasmah, die Stilllegung beantragt hatte, um einige tausend Arbeiter und Angestellte zu entlassen, 7 Direktoren und 3 Prokuristen 658 000 Mark, 200 Angestellte dagegen nur 230 000 Mark.“ Diese Dinge, so stellt Otte fest, sind ein Hohn nicht nur auf eine wirtschaftlich zweckhafte Rationalisierung, sondern auch auf die elementarsten Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit!

Technisches.

■ **Die Feuchtigkeit im Holz.** Rohhölzer aller Art müssen vor der Verarbeitung künstlich oder natürlich getrocknet werden; denn das Schwinden, Reißen und Krümmziehen ist eb. so unerwünscht wie das Quellen unter dem Einfluß von Feuchtigkeit. Die Wirkung der Feuchtigkeit vergegenwärtigen wir uns am besten durch einen Vergleich mit andern Stoffen.

Jeder sowohl als auch Gewebefasern der verschiedensten Art, besonders Matten- und Flechtstoffe, müssen bei der Verarbeitung einen gewissen Feuchtigkeitsgrad aufweisen. Gewebe sowohl als auch Holz werden durch Feuchtigkeitseinwirkung in Quellung verfaßt. Bei Leder dagegen soll auch während der Benutzung der Feuchtigkeitsgehalt unter ein gewisses Mindestmaß nicht sinken. Ganz ähnlich wie Leder würde auch Holz bei einem gewissen Feuchtigkeitsgehalt den Anforderungen in zahlreichen Fällen entsprechen. Ein natürlicher, d. h. sehr mäßiger Feuchtigkeitsgehalt gibt dem Holze vorteilhafte Eigenschaften. Bei der künstlichen Trocknung wird das Holz so unangenehm verändert, daß es von verschiedenen Verwendungszwecken ausscheidet. Bei natürlich getrocknetem Holze wird der Saft langsam verdickt. Hierdurch wird die Feuchtigkeit und Elastizität nicht in der Weise herabgemindert, wie bei künstlich getrocknetem Holze. Das Nachlassen der Festigkeit, verbunden mit einer sichtlichen Sprödigkeit, ist an gedorrtem Holze mit ausreichender Sicherheit festgestellt worden. Für den Flugzeugbau, für Sport-, Turn- und Feuerwehrräte, Werkzeugstiele und dergleichen scheidet künstlich getrocknetes Holz völlig aus.

Die Veränderungslucht des Holzes, das „Arbeiten“, ist auf die Zunahme bzw. Verringerung des Wasserhaltes zurückzuführen. Diese Erscheinung ist besonders bei der Verbindung (dem Leimen) nachteilig. Der Schwindungsgrad des unter der Rinde liegenden weichen Splint- und Reifholzes ist bedeutend stärker als bei dem in der Mitte liegenden Kernholze. Die richtige Auswahl der zu verbindenden Holzteile erfordert reichliche Erfahrung und Erkennung des Trockenheitsgrades.

Mit Rücksicht auf die Veränderungslucht des Holzes werden für Möbel und Innenausstattungen möglichst gut ausgetrocknete Hölzer verarbeitet; denn das Reißen und Werfen wird durch eine möglichst vollständige Austrocknung verhindert. Bei zahlreichen andern Arbeiten, besonders bei Bauhölzern, wird man oft keine absolut trockenen Hölzer verwenden. Man umgeht bei mäßig feuchtem Holze die Gefahr des spätern Quellens, denn das Nichtschießen der Türen, Fenster usw. wird nicht minder unliebsam empfunden.

Die natürliche Trocknung ist in großen, mittlern und kleinern Werkstätten gleich schwierig, weil zur Erzielung der ausreichenden Reife lange Zeiträume erforderlich sind. In großen Holzlagern würde bei natürlicher Trocknung das festliegende Kapital keine Zinsen tragen. Trotz der bekannten Mängel der künstlichen Trocknung wird diese heute in großem Ausmaß angewendet. Der Zweck wird durch diese nicht nur schneller, sondern schließlich auch reistloser erfüllt. Es ist aber nicht ohne Interesse, die Unterschiede zwischen der natürlichen und künstlichen Trocknung genauer kennenzulernen. Es ist bereits gesagt, daß die dickflüssigen Bestandteile des Saftes bei der natürlichen Trocknung sehr langsam verändert und versichert

werden. Die restlose, vollständige Trocknung erfolgt bei diesem Verfahren, besonders bei härtern Holzarten, erst nach Jahrzehnten. Bei der Verarbeitung derartiger Hölzer ist also auf lange Zeit noch mit Nachtrecken und daneben mit Schwinden und Werfen zu rechnen.

Bei der künstlichen Trocknung dagegen werden die Stämme je nach der Holzart mehrere Wochen oder Monate in großen Wasserbehältern gewässert. Die Säfte des Holzes werden durch das Wasser gewissermaßen ausgelaugt. Dieser Vorbehandlung folgt ein schnelles Verdunsten des Wassers durch kurze Lufttrocknung. In Trockenkammern verschiedener Bauart wird bei verhältnismäßig hohen Graden die Feuchtigkeit restlos aus dem Holz ausgetrieben. Beim Fernhalten von Feuchtigkeit ist solches Holz keinen wesentlichen Veränderungen mehr ausgesetzt. Das Holz „steht“. Die verarbeiteten Nutzholzer werden nur durch Anstriche, Wachsen, Polituren und Imprägnierungen gegen den Einfluß von Feuchtigkeit geschützt.

Hölzer oder Gebrauchsgegenstände, die fortgesetzt der wechselnden Einwirkung von Feuchtigkeit und Trockenheit ausgesetzt sind, wie beispielsweise die Holzmöbel der Eisereien, in welche feuchter Sand gestampft wird und die nach der Benutzung oft wieder längere Zeit im trockenen Lager liegen, können nur durch einen öfter wiederholten Lackanstrich gegen die Wirkung dieser wechselnden Einflüsse geschützt werden. Die Widerstandsfähigkeit dieser Hölzer hat man in neuerer Zeit dadurch zu verbessern versucht, daß die Kernkisten auch außen lackiert wurden.

In der Praxis werden aber auch Hölzer benötigt, welche nicht nur gegen Feuchtigkeitseinflüsse, sondern auch gegen Dämpfe, höhere Temperaturen, alkalische und chemische Einwirkungen verschiedener Art eine gewisse Widerstandsfähigkeit besitzen müssen. Die Holzveredelungsgesellschaft m. b. H. in Berlin ist dazu übergegangen, heimische Hölzer durch hydraulische Pressung zu verdichten, so daß sie die Härte und das spezifische Gewicht der besten überseeischen Harthölzer erlangen und als Ersatz für diese wohl ernsthaft in Betracht gezogen werden können. Das Verfahren ist auf Nadelhölzer sowohl wie auf Laubbölzer anwendbar und ergibt eine Holzstruktur, die an versteinertes Holz erinnert. Außer für rein technische Verwendungszwecke, bei denen es wie bei Maschinenlagern aus Pockholz, Regelkugeln, Walzen usw. besonders auf große Härte ankommt, kann also das veredelte einheimische Holz auch für die Zwecke der Rahmengeschäfte, für Holzbildhauerarbeiten, Kunstschleifarbeiten, Drechslrarbeiten, für die Stockindustrie und andere Holzarbeiten Verwendung finden, bei denen es nicht zuletzt auf ein schönes Aussehen ankommt.

Karl Micksch.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

■ **Hauspflege im Sinne der sozialen Fürsorge** nennt man die Sorge für Haushalt und Kinder während einer Krankheit oder eines Wochenbettes der Hausfrau sowie deren Wartung durch eine Pflegerin. Sie bezieht — neben der Krankenpflege — die Wöchnerin oder kranke Frau vor allem vor schädlicher Ueberanstrengung und die Kinder vor Verwahrlosung zu schützen und die Verlotterung des Haushaltes sowie das Auseinanderfallen der Familie zu verhüten. Ueber den Stand dieser Hauspflege in Deutschland veröffentlicht der Verband für Hauspflege, Düsseldorf, die Ergebnisse einer Rundfrage aus jüngster Zeit bei allen deutschen Städten mit über 50 000 Einwohnern. In 14 Großstädten sind Träger der Hauspflege selbständige Hauspflegevereine, welche zurzeit etwa die Hälfte der gesamten deutschen Hauspflege leisten. In kleineren Städten sind es die Frauenvereine, welche sich neben sonstigen mannigfachen Aufgaben auch der Hauspflege widmen. In 4 Städten besorgen die Hauspflege die städt. Wohlfahrtsämter. Mancherorts liegt sie in den Händen von Industrieunternehmern, der Arbeiterwohlfahrt, nicht selten auch karitativer und konfessioneller Vereine.

Leider wird von vielen, besonders kleinen, Städten diesem Zweige der sozialen Fürsorge trotz seiner Notwendigkeit als Wohlfahrtsmaßnahme noch immer keine genügende Aufmerksamkeit zugewendet. Auch fehlt es in dieser Hinsicht bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen, denen die gesundheitliche Fürsorge für mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung obliegt, noch ganz bedeutend. Nicht umsonst hat die Reichsversicherungsgesetzgebung den Vorständen der Krankenkassen das Recht eingeräumt, bei Niederkunft und Krankheit Hauspflege zu gewähren, und zwar nicht allein an Mitglieder, sondern selbst an nichtversicherungsbefragte Ehefrauen der Versicherten. Mag die gegenwärtige schwierige Finanzlage als entschuldigender Grund für diese Tatsache gelten, immerhin sollten die Gemeinden wie Krankenkassen vom Standpunkte der Volksgesundheit und des Familienlebens aus künftighin mehr wie bisher dem Ausbau der Hauspflege ihr besonderes Augenmerk zuwenden. Es wäre dies zudem ihr eigener Vorteil. Denn manche kostspielige Krankenhauspflüge, deren Kosten entweder die Gemeinde oder die Krankenkasse zu tragen hat, ließe sich vermeiden, wenn rechtzeitig die bedeutend billigere Hauspflege durch einen der beiden Kostenträger gewährt würde.

Bücher und Schriften

bezieht der christliche Gewerkschaftler durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.